

# Buchbesprechungen

## Familienstiftung und Nachfolgegestaltung.

2. Aufl. Von Christian von Löwe. Verlag Manz, Beck, HLV, München 2016. XXXVIII, 348 Seiten, fester Einband, € 99,-.

Das kürzlich in zweiter Auflage erschienene Werk bietet einen guten Überblick über die stiftungsrechtlichen Rahmenbedingungen der „Familienstiftung“ im deutschsprachigen Raum, mithin in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein, wobei der Herausgeber den Fokus auf die „Stiftungslösung bei Problemen der Unternehmensnachfolge“ legt. Das Buch richtet sich daher vor allem an Inhaber von Familienunternehmen (mit Sitz in Deutschland) als potenzielle Stifter mit dem Ziel, die Kontinuität des Unternehmens ebenso wie die langfristige finanzielle Versorgung der Familie zu sichern.

Der Schwerpunkt der Darstellung liegt eindeutig im Steuerrecht, in concreto auf ertragsteuerlichen, va erbschafts- und schenkungssteuerlichen Fragen, wobei angesichts der Problemlage – auch anhand von konkreten Fallbeispielen – grenzüberschreitende Aspekte aus deutscher Sicht besonders beleuchtet werden. Die entsprechenden stiftungs(steu)rechtlichen Regelungen zur österr Privatstiftung werden dabei (ua) von Christian Ludwig sowie von Katharina Hebenstreit dargelegt, während Thomas Hosp die Rechtslage in Liechtenstein vorstellt.

Durchaus nützlich und daher empfehlenswert ist das Werk aber auch für Berater, die nicht notwendigerweise mit dem Thema der schwierigen Unternehmensnachfolge für deutsche Familienbetriebe befasst sind, bietet das Buch doch einen sehr übersichtlichen und nicht bloß auf allgemeine Grundsätze beschränkten Überblick für Stiftungslösungen in mehreren Jurisdiktionen. Dass dabei nicht alle Einzelheiten beleuchtet werden können, versteht sich von selbst. Für Österreich wird etwa bloß auf die Rechtsform der Privatstiftung als für Familienstiftungen bislang wichtigste Stiftungsform eingegangen; für die Schweiz beschränken sich die Ausführungen angesichts des sehr föderal geprägten Steuersystems iW auf die Kantone Basel-Stadt und Zug. Zahlreiche Fußnoten und Verweise erlauben und erleichtern jedoch eine weitergehende und vertiefende Auseinandersetzung mit der Thematik.

Gerhard Hochedlinger

## Haftungsbeschränkung im Bürgerlichen Recht.

Von Philipp S. Fischinger. Verlag Mohr Siebeck, Tübingen 2015. XXXII, 819 Seiten, geb., € 139,-.

Entgegen dem Titel befasst sich die Regensburger Habilitationsschrift von Fischinger mit Haftungsbeschränkungen, die weit über das bürgerliche Recht hinausreichen: Thematisiert werden auch solche des GmbH-Rechts, der Arbeitnehmerhaftung, der Restschuldbefreiung in der Insolvenz bis zur Ersetzung der Arbeitgeberhaftung durch Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung. Der Autor sensibilisiert dafür, dass es sich in vielen Fällen, in denen von Haftungsbeschränkung die Rede ist, um Fälle der Begrenzung der Schuld handelt, so bei der betraglich limitierten Haftung wie auch der begrenzten Arbeitnehmerhaftung. Neuartig ist, dass die sachliche Legitimation von Haftungsbeschränkungen in einer zusammenschauenden Weise daraufhin überprüft wird, ob die getroffene einfachgesetzliche Regelung den Vorgaben der Grundrechte entspricht. Darüber hinaus finden sich nicht nur rechtsdogmatische, sondern auch rechtspolitische Aussagen. Mag die Ausgestaltung der Grundrechte in Nuancen auch von Österreich abweichen, die grundlegenden Wertungsfragen sind gleich oder ähnlich. Man-

che Postulate sind 1:1 zu übernehmen, dass etwa die betragsbeschränkte Haftung alle drei bis fünf Jahre daraufhin zu überprüfen wäre, ob die Werte noch passend oder inflationsbedingt anzupassen sind, mag dieser Druck wegen der im Augenblick historisch besonders geringen Inflation auch nicht so dringlich erscheinen. Abgelehnt wird eine allgemeine Reduktionsklausel – wegen der damit verbundenen Rechtsunsicherheit. Andere Vorschläge sind jedenfalls unkonventionell, so das Plädoyer, jede GmbH bei einem Jahresumsatz von 3 Mio Euro in eine AG umzuwandeln, weil bei dieser der Gläubigerschutz besser funktioniere, oder die Forderung, dass jeder Erwachsene, zumindest aber Eltern für ihre Kinder verpflichtet werden sollen, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen. Insgesamt handelt es sich um ein Werk, das im Rahmen einer – womöglich auch in Österreich irgendwann einmal kommenden – Schadenersatzreform Beachtung finden sollte.

Christian Huber

## KHVG Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungsgesetz.

Bundesgesetz über die Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung (KHVG 1994) samt Nebengesetzen, Verordnungen, EG-Richtlinien, Entschliefungen, Internationalen Übereinkommen, bilateralen Verträgen mit erläuternden Anmerkungen und einer Übersicht über die Rechtsprechung. 4. Aufl. Von Michael Grubmann (Hrsg). Verlag Manz, Wien 2015. XX, 450 Seiten, geb., € 89,-.



Sechs Jahre nach der Voraufgabe erscheint die von Grubmann herausgegebene Manz'sche Große Ausgabe des KHVG neu. Das Grundkonzept des Werks ist unverändert geblieben: An den Text eines jeden Paragraphen schließt sich die Literaturübersicht; es folgen einige Anmerkungen des Herausgeber, die jedoch überwiegend keine Kommentierung darstellen, sondern zumeist die Materialien zu der jeweiligen

Bestimmung wiedergeben. Hieran schließen sich die Leitsätze aus der höchstgerichtlichen Judikatur zu der jeweiligen Bestimmung. Auszugweise werden diverse Nebengesetze – ebenfalls mit Leitsätzen aus der Rechtsprechung – abgedruckt; namentlich das KFG und das VÖEG. Ferner enthält die Gesetzesausgabe verschiedene internationale und supranationale Rechtsquellen; darunter die konsolidierte Richtlinie zur Kfz-Haftpflichtversicherung (2009/103/EG), die Entschließung der Kommission über das Übereinkommen zwischen den nationalen Versicherungsbüros (2003/564/EG) sowie das Haager StraßenverkehrsÜbk. In den Anhängen des Bandes sind – unter anderem – die Musterbedingungen zur Kfz-Haftpflichtversicherung (AKHB 2015) abgedruckt.

Erfreulich ist, dass einige Kritikpunkte gegenüber der Voraufgabe (vgl dazu Schauer, Buchbesprechung, ÖJZ 2010, 621) bereinigt wurden. So wird in der Übersicht über das Schrifttum nach den einzelnen Paragraphen jetzt auch die aktuelle Aufsatzliteratur berücksichtigt. Die Leitsätze im Anschluss an die konsolidierte KH-Richtlinie schließen auch einige Entscheidungen des EuGH ein. Leider wird die Judikatur dieses Gerichts ohne erkennbare Gliederung und ohne Verwendung der bei der Zitierung von EuGH-Entscheidungen sonst üblichen Fallnamen wiedergegeben, was die Orientierung etwas erschwert.

Nach wie vor handelt es sich bei der vorliegenden Gesetzesausgabe um einen nützlichen Arbeitsbehelf, der viel an weiterführendem Material enthält.

Martin Schauer